

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ungarn

Jens Becker



Jens Becker

Die ungarischen Parlamentswahlen vom April 2010 haben ein politisches Erdbeben verursacht. Mit der fulminanten Rückkehr des als rechtskonservativ oder rechtspopulistisch geltenden „Bundes der Jungdemokraten“ (FIDESZ), der Zweidrittel der Parlamentsmandate gewann, an die Schaltstellen der Macht und dem markanten Einzug der rechtsextremen „Bewegung für ein besseres Ungarn“ (Jobbik) kam es zu tektonischen Verschiebungen in der ungarischen Parteiendemokratie. Dabei handelt es sich nicht nur um einen Aufstand von Modernisierungsverlierern, sondern um eine Revolte zutiefst frustrierter Wähler der sozialdemokratischen MSZP, in deren Augen die langjährige Regierungspartei zusammen mit ihrem linksliberalen Koalitionspartner SZDSZ bereits vor der Wirtschafts- und Finanzkrise abgewirtschaftet hatte. Darüber hinaus wurden sie durch teils verunsicherte, teils gut versorgte Mittel- und Oberschichtensegmente unterstützt. Sozioökonomische Gründe vermischen sich mit nationalistischen, xenophoben Deutungsmustern aus der Mitte der ungarischen Gesellschaft, die von beiden „rechten“ Parteien aufgegriffen und „politisiert“ wurden. Die Entstehung einer breiten Wählerkoalition und der damit verbundene „Rechtsruck“ – bei-

des hat zur Etablierung einer rechtspopulistischen Hegemonial- und Regierungspartei sowie einer starken rechtsextremen Oppositionspartei in einem krisengeschüttelten Land beigetragen. Im Folgenden sollen einige gesellschaftspolitische Gründe herausgearbeitet werden, um die spektakulären Erfolge des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ungarn einordnen zu können. Zum besseren Verständnis der politischen Lage werden kurz die Wahlergebnisse und damit zusammenhängende Entwicklungstendenzen analysiert: eine zunehmende Tendenz zu populistischer Politik, die Hegemonie der politischen Rechten bei gleichzeitiger Schwäche der politischen Linken und daraus abgeleitet die agonale Polarisierung des ungarischen Parteiensystems. Diese Konstellation macht Ungarn zu einem Versuchslaboratorium des Rechtspopulismus. Der Ausgang ist offen.

Was ist Populismus?

Um Parteien und Wählerbewegungen am rechten Rand besser verorten zu können, bieten sich verschiedene Begriffe („rechtsextrem“, „rechtspopulistisch“, „rechtsradikal“, „neofaschis-

tisch“ oder „neonazistisch“) an. Für unseren Untersuchungsgegenstand verwenden wir die Zuschreibungen rechts-extrem und rechtspopulistisch, ohne die Plausibilität der anderen Begriffe per se in Frage zu stellen. Als Populismus wird gemeinhin eine Politik bezeichnet, die vorgibt, sich für die „kleinen Leute“ einzusetzen und einfache Problemlösungen umsetzen zu können. Populisten versuchen, Ängste zu schüren und gegen den politischen Gegner zu instrumentalisieren. Beim Populismus handelt es sich also um keine politische Idee im Sinne eines Weltbildes, sondern um eine *Art*, Politik zu betreiben (Pfahl-Traughber 1994). Man kann insbesondere dessen rechtspopulistische Variante als „Mobilisierungsstrategie“ bezeichnen, „in deren Zentrum es steht, Stimmungen gegenüber Schwächeren zu erzeugen, um über erzielte Wahlerfolge dann mittels demokratisch erworbener Macht die Gesellschaft autoritär umzubauen“ (Schaefer et al. 2002: 124). Dazu wird auch rechtsextremes Gedankengut aufgenommen. Inhaltlich geht es dem Rechtspopulismus zumeist um ethnisch-kulturelle Konflikte zwischen Mehrheitsgesellschaft und gesellschaftlichen Minderheiten (z.B. Migranten, Homosexuelle), aber auch um negative Auswirkungen der Globalisierung, Korruption, Kriminalität und Elitenversagen. Doch orientieren Populisten ihre Inhalte an der Zustimmung der Menschen. Demgegenüber handelt es sich bei rechtsextremen Akteuren oftmals um ideologische Überzeugungstäter, die Nation und Volk, Staat und Gemeinschaft als Einheit betrachten. Im Vordergrund stehen somit ein übersteigerter Nationalismus (Chauvinismus), die Konstruktion oder Betonung biologischer, kultureller, sozialer oder ethnischer Unterschiede bei gleichzeitiger Abwertung des Anderen („Fremden“) und die Negierung universeller Gleichheits- und Freiheitsrechte aller Menschen. Rechts-extreme Positionen favorisieren die Abschaffung der jeweiligen demokrati-

schen Staatsform zugunsten einer autoritären Staatsform mit einer ethnisch homogenen, hierarchischen Gesellschaft (Jaschke 2001).

Der gesamteuropäische Kontext

Nach diesen begrifflichen Annäherungen, die sich auf viele Länder übertragen lassen, muss jedoch ein übergeordneter Aspekt angesprochen werden: Wer den ungarischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus thematisiert, darf über den gesamteuropäischen Kontext nicht schweigen: Inzwischen stellen Wahlerfolge rechtspopulistischer oder rechtsextremer Parteien ein gesamteuropäisches Phänomen dar. Ungarns Nachbarland Österreich kann mit Jörg Haiders „Freiheitlichen“ und den beiden Nachfolgeparteien auf eine lange rechtspopulistische Tradition zurückblicken. In Frankreich gelingt es dem „Front Nationale“, oftmals schon totgesagt, immer wieder spektakuläre Wahlerfolge zu erzielen. Es war z.B. Parteigründer Jean Marie Le Pen und nicht der favorisierte Sozialistenchef Lionel Jospin, der 2002 in die Präsidentschaftswahl mit Jaques Chirac ging. Italien verfügt mit der „Lega Nord“ und dem „Forza Italia“ bzw. „Popolo della Libertá“ über rechtspopulistische Formationen, deren „Führer“, Umberto Bossi und Silvio Berlusconi, ungestraft gegen „Fremde“ und „Kommunisten“, gegen die unabhängige Justiz und gegen den Staatspräsidenten zu Felde ziehen. In den Niederlanden vermag Geert Wilders „Partei der Freiheit“ das Erbe der rechtspopulistischen „List Pim Fortuyn“ (LPF) anzutreten. Wilders anti-islamischer Wahlkampf wurde 2010 vom Wähler honoriert und macht seine Partei auf parlamentarischer Ebene zum Zünglein an der Waage. In Belgien und der Schweiz haben sich mit dem Vlaams Block und der Schweizer Volkspartei (SVP) seit den 1990er Jahren rechtspo-

pulistische Parteien etabliert, die bisweilen Schnittmengen zu rechtsextremen Positionen aufweisen. Zur politischen Normalität gehört der Rechtspopulismus in den vielgelobten skandinavischen Wohlstandsgesellschaften.

Gleiches gilt, so scheint es, auch für die meisten osteuropäischen Staaten, wo nach dem Kollaps des Partei-kommunismus teilweise wieder an rechtspopulistische und rechtsextreme Traditionen vor und während des Zweiten Weltkrieges angeknüpft wird. Zwar gibt es zwischen Ost- und Westeuropa hinsichtlich sozialstrukturellem und sozialökonomischen Wandel, zwischen Individualisierungs- und Milieuerosionstendenzen beziehungsweise Demokratisierungs- und Modernisierungsprozessen, beträchtliche – auch zeitliche – Unterschiede. Sicherlich mag es unterschiedliche Entwicklungsachsen hinsichtlich materieller und postmaterieller Wertepreferenzen geben, war doch die kommunistische Gesellschaft in ihrem Politik- und Gesellschaftsverständnis ziemlich materialistisch ausgerichtet, was mit der damaligen Mangelwirtschaft und dem daraus resultierenden alltäglichen Konsumverzicht zusammengehangen haben dürfte, der noch heute, unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, für große Teile der Bevölkerung spürbar ist. Die berühmte These Ingleharts vom „Wertewandel“, zunehmende Partizipation und Selbstverwirklichungsbedürfnisse in einer individualisierten Gesellschaft, ist in Osteuropa verstärkt bei jüngeren, gebildeten Menschen, bei den neu entstehenden urbanen Mittelschichten, zu spüren, die im übrigen tendenziell eher „rechts“ oder rechts-liberal wählen. Beispiele für den (wieder)erstarkten Rechtspopulismus finden sich in Polen, der Slowakei, Bulgarien, Rumänien und Ungarn, wo nach 1990 zunächst die wieder gegründete „Partei der kleinen Landwirte“ (FKGP) ihre Mobilisierungs- und Wahlerfolge aus der Zwischenkriegszeit wiederholen wollte. Mit

ihrem – in der ungarischen politischen Kultur noch immer stark verankerten – ethnisch-kulturellen Ansatz beanspruchte die FKGP, das ungarische Volk vor „Fremden“ schützen zu wollen. Jedoch scheiterte die selbsternannte Law-and-Order-Partei an internen Korruptionsskandalen. Ihre teils populistisch-antise-mitischen Tiraden gegen „Linke“ und „Juden“ sowie gegen Teile des urbanen Establishment wurden von neugegründeten rechtsextremen Parteien und der rechtspopulistischen Volkspartei Viktor Orbans aufgegriffen und Jahre später in entsprechendes politisches Kapital umgesetzt.

Politische Lager in Ungarn

Das ungarische Parteiensystem wird bisher durch eine ausgeprägte Polarisierung geprägt. Nahezu unversöhnlich stehen sich ein rechtspopulistisches mit rechtsextremen Einflüssen und ein sozialliberales Lager – hier lohnt es sich wirklich noch, von Lagerwahlkämpfen zu reden – gegenüber. Erkennbar wird dies nicht nur in den wiederholten polarisierenden Etikettierungen (patriotisch – antipatriotisch, national – national unzuverlässig, ungarisch – antiungarisch oder der inflationären Verwendung der diskreditieren Phrase „kommunistisch“), um somit „Freund“ und „Feind“ voneinander zu unterscheiden. Insbesondere der FIDEZ und die 2003 gegründete Jobbik, „Partei der Besseren“, spielen auf dieser Klaviatur, verunglimpfen den politischen Gegner und verwenden dabei auch tabuisierte Begriffe und Symbole, die auf „ein verschmitztes Einverständnis“ in der Öffentlichkeit stoßen: Wo offiziell von „Roma“ geredet wird, verstehen alle „Zigeuner“. „Wo etwa Jobbik von „Israelis“ redet, verstehen alle „Juden“. Und so ist es auch gemeint. Das entsprechende Spiel mit Symbolen ist von deutschen Rechtsextremisten her ver-

traut, die das verbotene Hakenkreuz durch ähnliche Symbole ersetzen und so das Verbot lächerlich machen wollen“ (Stölting 2010).

Verdeutlichen lässt sich die manifeste Intransigenz der politischen Lager an vielen Beispielen. Statt als Demokrat die Wahlniederlage 2002 anzuerkennen, sprach Viktor Orban von Wahlbetrug und rief zu Protestdemonstrationen auf: Die Heimat könne nicht in der Opposition sein, was besagt, das gute, rechtgläubige, national gesinnte Ungarn ist betrogen worden (Mayer/Odehnal 2010: 33). Es war und ist insbesondere der FIDESZ, der auch nach 2006 durch Obstruktionspolitik in Form von Parlamentsboykotten und Straßendemonstrationen die politische Kultur Ungarns polarisierte. Diese „cultural politics“ seien zu einem „Vernichtungskampf unversöhnlicher Gegner degeneriert“, wodurch der Eindruck entstehe, der „Bestand der politischen Gemeinschaft selbst“, die Nation, sei gefährdet, urteilt Segert (2008: 26). Richtig daran ist, dass die Tugend des politischen Kompromisses, eine rationale politische Kommunikation zwischen den Lagern, bisher selten möglich gewesen ist. Teile der politischen Klasse, auch des Spitzenpersonals von links und rechts, appellieren an vorrationale Einstellungen und Vorurteile, Ängste und Sehnsüchte im Volk, um des eigenen Machterhalts wegen. Es hat sich eine Kultur der Resentiments – insbesondere gegen Juden, „Zigeuner“ und „Kommunisten“ – verfestigt, in denen Populisten und Demagogen leichtes Spiel haben, zumal sie an Stereotype aus der Vergangenheit, etwa der dunklen faschistoiden Horthy-Ära, anzuknüpfen wissen.

Versagen der sozialliberalen Koalition

Beide Lager überbieten sich regelmäßig mit populistischen Wahlversprechun-

gen: Steuersenkungen, Rentenerhöhungen, Verbesserung der Sozialleistungen und zweistelligen Lohnerhöhungen für Staatsbedienstete. Letztere wurde gleich nach den für den MSZP siegreichen Parlamentswahlen 2006 realisiert. Bereits damals war das Budgetdefizit auf 9,2 Prozent des Bruttosozialprodukts angestiegen. Ungarn hatte damit eines der höchsten Haushaltsdefizite der EU und musste die angestrebte Einführung des Euro weiterhin verschieben. Gleichzeitig gingen die Auslandsdirektinvestition, das Steueraufkommen und die Wachstumsraten im Allgemeinen zurück. Korruptionsskandale, innerparteiliche Machtkämpfe und der Rücktritt des als glücklos apostrophierten „roten Bankiers“, Péter Medgyessy, mitten in der Legislaturperiode 2004 trugen dazu bei, das Glaubwürdigkeitspotenzial der Sozialisten zu unterminieren. Sein Nachfolger, der millionenschwere Geschäftsmann Ferenc Gyurcsány, steuerte erst nach den Wahlen um. Dessen fatale – nicht für die Öffentlichkeit bestimmte, gleichwohl lancierte – „Lügenrede“ vor Funktionären des MSZP gipfelte in dem Satz: „Kein Land in Europa hat solche Blödheiten begangen wie wir. Offensichtlich haben wir die letzten eineinhalb, zwei Jahre hindurch gelogen“ (zit. nach Mayer/Odehnal 2010: 47). Man könne ihm keine Regierungsmaßnahme nennen, die der ökonomischen Rekonstruktion des Landes weitergeholfen habe.

Als Redepassagen Gyurcsánys im September 2006 in den Medien auftauchten, beschleunigte sich der Erosionsprozess einer konzeptionslos-opportunistischen Regierung, die erst nach den Wahlen bereit war, Partei und Elektorat den Ernst der Lage zu offenbaren. Massendemonstrationen und -unruhen aufgebracht FIDESZ- und Jobbik-Anhänger, randalierende Skinheads und Mitglieder der an sich verbotenen paramilitärischen „Ungarischen Garde“, wochenlange Belagerungen des Parla-

ments und heftige Polizeieinsätze, Verletzte und Gerichtsprozesse brachten dem Land eine politische Legitimationskrise, an deren Ende Gyurcsány erst im März 2009 die Konsequenzen zog und von seinen Ämtern als Ministerpräsident und Parteivorsitzender zurücktrat. Der danach erzwungene, durch den parteilosen Ministerpräsidenten Gordon (György) Bajnai vollzogene Sparkurs, Budgetreduzierungen von 1,62 Milliarden € Steuererhöhungen, Lohnsenkungen etc. lähmte den orientierungslosen MSZP. Allein 2007 sanken die Realloheinkommen um fünf Prozent (und das bei einem Durchschnittseinkommen von rund 400 € stieg die Arbeitslosigkeit auf rund zehn Prozent und die Inflation auf sieben Prozent. Wenige Jahre zuvor lag die Arbeitslosigkeit landesweit bei fünf Prozent, in Budapest und dem prosperierenden Süden des Landes herrschte gar Arbeitskräftemangel, der strukturschwache, deindustrialisierte Osten, die Hochburg der Reformsozialisten, verhartete dagegen in Stagnation und Resignation.

Formierung eines rechtspopulistischen und rechtsextremen Blocks

Das Transformationsversagen der sozialliberalen Koalition munitionierte den Wahlkampf eines selbstbewussten politischen Gegners. Auf das „Krisenmanagement“ der Regierung Bajnais zu hoffen, erwies sich als illusionär. Nur noch von einer Schadenbegrenzung konnte die Rede sein. Daraus resultiert auch das defensive Wahlkampfmotto des MSZO: „Hüterin der Demokratie“ versus „Einparteiherrschaft“ des FIDES (Huthmacher 2010: 4). Trotz autoritärer Tendenzen während der ersten Orban-Ära (1998-2002) vermochte diese Taktik nicht mehr zu greifen. Das Elektorat wollte elementare politische Veränderungen: Es wählte rechtspopu-

listisch bzw. rechtsextrem. Im Vergleich zur Parlamentswahl 2006 verloren die aus der Kommunistischen Partei Ungarns hervorgegangenen Reformsozialisten 22,1 Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler. Zwei von drei Wählern haben sich somit von der einstigen Regierungspartei abgewandt, die Ungarn immerhin von 2002-2010 und von 1994-1998 regiert hatte. Der FIDEZ gewann nicht nur 98 Prozent aller Direktmandate, er erreichte auch eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und kann mit 262 von 378 Sitzen durchregieren. Gleichwohl besteht langfristig die Gefahr, dass sich Jobbik als rechtsextreme Flügelpartei profiliert und bei künftigen Wahlen zu Lasten des FIDEZ Proteststimmen erlangen kann.

Die Formierung eines hegemonial-antagonistischen „rechten“ Lagers lässt sich anhand der Affinitäten (und der Spannungen) zwischen FIDESZ und Jobbik hinsichtlich rechtsextremer, nationalistischer Ideologeme und staatlich-autoritärer Problemlösungswege belegen. So soll der 4. Juni künftig zum Tag der nationalen Einheit avancieren. Vor dem Hintergrund, dass am 4. Juni 1920 der Vertrag von Trianon unterzeichnet wurde, wodurch Ungarn Zweidrittel seines Territoriums verlor und Teile der ungarischen Bevölkerung nunmehr im benachbarten Ausland leben mussten, erscheint das als gezielte – revisionistische – Provokation nach außen und mögliches Signal, das umstrittenen Vertragswerk zu revidieren.

Kurz nach der Wahl stellte Orban in der nordostungarischen Stadt Ozd, die von Armut und Armutsdelinquenz betroffen ist, seine Law-and-Order-Kampagne vor: „Die Einhaltung des Rechts liegt an uns, und wir werden dafür endlich mehr Geld zur Verfügung stellen.“ Publikumswirksam plädierte der Ministerpräsident in der Stadt mit einer der größten Roma-Populationen dafür, Wiederholungstäter selbst kleinerer Diebstähle lebenslänglich hinter Gitter zu bringen. Besser hätte dies Gabor

Vona, Zauberlehrling aus dem Dunstkreis der gescheiterten rechtsextremen Gruppierung MIEP, Mitgründer und Vorsitzender von Jobbik und der „Ungarischen Garde“ 2006 nicht formulieren können. Auf ein wirksames Verbot der rechtsextremen, aus Jobbik-Mitgliedern gebildeten paramilitärischen „Ungarischen Garde“, die an Vorbilder aus der faschistischen Horthy-Diktatur anknüpft, legte sich Orban indessen nicht fest.

Im Gegenteil, solange Jobbik und die Garde – hier schwimmen teilweise die Mitgliedschaften – an ihrer offiziellen Strategie festhalten, keine staatsfeindliche Propaganda und keine Aufrufe zur Gewalt zu unterstützen, sieht die Regierung Orban keinen Anlass, gegen sie vorzugehen. Schließlich förderten Orban und ihm nahe stehende Politiker und Publizisten jene rechtsextremen Medien, wie etwa „Sajtóklub“ (deutsch: Presseklub) oder die Wochenzeitung „Ungarischer Demokrat“, in denen nicht nur antisemitische zigeunerfeindliche Hetze betrieben, sondern auch unverhohlen zur Gründung einer Bewegung von „Bürgerkreisen“, z.B. „Nationale Selbstverteidigung“, aufgerufen wurde, in denen sich 2006 und danach Gabor Vona und andere rechtsextreme Ideologen tummelten. Dabei wurde bewusst an vorkommunistische und kommunistische Traditionsbestände von Rassismus und Ausgrenzung sowie aktuelle subkulturelle Diffusionsprozesse (Musik, Outfit etc.) angeknüpft.

Die teils ungeklärten Morde und Anschläge gegen Angehörige der Roma-Minderheit 2009 wurden überdies in diesen Kreisen nicht wirklich verurteilt.

Jobbik als radikaler Ableger des FIDESZ

Folgerichtig lässt sich Jobbik als „radikaler Ableger des FIDESZ“ charakterisieren (Szabó 2009: 19), der durch die

Abstiegsängste der ungarischen Mittel- und Unterschichten und ihres partiell rechtsextremen Weltbildes Zulauf bekommt. Zweifellos ist das Wählerpotenzial von Jobbik heterogen. Insbesondere die Führungsschicht besteht aus akademisch gebildeten, auch in der Wirtschaft erfolgreichen Protagonisten, viele Studierende stellen die soziale Basis der Ungarischen Garde und damit von Jobbik dar. Die Modernisierungs- oder Transformationsverlierer, die einstige soziale Basis des MSZP, wechselten 2010 das Lager. Zudem kennzeichnen große Einkommensunterschiede die regionale Entwicklung. So liegen in der Budapester Zentralregion die Durchschnittslöhne mit mehr als 22% über dem nationalen Durchschnitt, im Osten erreichen sie nur 83% des nationalen Durchschnitts. Die Wahlerfolge von Jobbik korrelieren teilweise mit sozioökonomischen Indikatoren (niedriges Bruttoinlandsprodukt, niedrige Beschäftigung, hoher Armutsanteil bedeuten Zugewinne für Jobbik zu Lasten des MSZS). Ferner lässt sich eine positive Korrelation zwischen hohen Jobbik-Ergebnissen und einem markanten Anteil der Roma-Bevölkerung erkennen. In einem Wahlbezirk, Edeleny in Nord-Ost-Ungarn, wo Jobbik über 30 Prozent der Wählerstimmen erzielen konnte, gilt der Roma-Anteil als einer der Höchsten im Lande. Der Jobbik-Kandidat gewann klar. Die MSZP erhielt nur acht Prozent der Stimmen.

Gegenüber dem Landesdurchschnitt blieb der FIDESZ in den nordöstlichen Arbeiter- und Arbeitslosenhochburgen unterhalb der Zugewinne in den prosperierenden Regionen. Insgesamt profitiert Jobbik vom schlechten Abschneiden des MSZP, der FIDESZ gewinnt in diesen Komitaten ebenfalls markant hinzu, bekommt aber die Auswirkungen der rechtsextremen Konkurrenz zu spüren. Dass dabei auch fremdenfeindliche Ressentiments gespeist mit Ghettobilddung und Ghettokriminalität in einigen Regionen, die zumeist von Politikern

aus der Mittel- oder Oberschicht geschürt werden, die Einstellungen der verunsicherten Bevölkerung infizieren, entbehrt nicht einer gewissen Brisanz und steigert die Sorgen über künftige Entwicklungen.

Ungarn als Trendsetter des Rechtspopulismus

Ungarn im Jahr 2010 ist somit, so ließe sich zugespitzt sagen, ein weiterer Trendsetter des Rechtspopulismus mit rechtsextremen Bezügen. Untermauert wird diese These durch die Politik der neuen Regierung. Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz gewährleistet Angehörigen der ungarischen Minderheit in der Slowakei, Rumänien oder Serbien künftig einen ungarischen Pass, selbst wenn sie keinen ständigen Wohnsitz in Ungarn nachweisen können. Insbesondere in Rumänien und der Slowakei gibt es harsche Reaktionen.

Ungarn, von der Krise schwer getroffen, ist auf Nothilfekredite vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank angewiesen. Das Volumen betrug 2009 rund 20 Milliarden \$. Der im Juni 2010 vom Zaun gebrochene Streit zwischen der FIDESZ-Regierung und dem IWF sowie der EU über weitere Haushaltskürzungen und die umstrittene Bankenabgabe erweist sich als weiteres populistisches Manöver, um das Profil der Regierung Orban zu

schärfen – obwohl die meisten Fachleute auf die schädlichen Folgen für Ungarn hinweisen. Ungarn wird in Bälde den EU-Ratsvorsitz übernehmen. Spätestens dann wird sich zeigen, ob der FIDESZ zur Realpolitik fähig ist oder das Risiko auf sich nimmt, Ungarn ins politische Abseits zu führen.

Literatur

- Jaschke, Hans-Gerd: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe, Positionen und Praxisfelder. Wiesbaden 2001. S. 52.
- Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen & Farmington Hills, S. 120-132.
- Mayer, Bernhard/Odehnal, Bernhard (2010): Aufmarsch. Die rechte Gefahr in Osteuropa, Salzburg.
- Pfahl-Traughber, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa. Bonn.
- Schaefer, Dagmar/Mansel, Jürgen/Heitmeyer, Wilhelm: Rechtspopulistisches Potential. Die „saubere Mitte“ als Problem. In: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main.
- Stölting, Erhard (2010): Über die rechtsradikale Partei „Jobbik“, in: Deutschlandradio Kultur, 23.4.2010.
- Szabó, Malte (2009): Ungarns rechte Renaissance, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 4, S. 17-20.